



Finanzministerium | Postfach 7127 | 24171 Kiel

Minister

An den  
Vorsitzenden  
des Finanzausschusses  
des Schleswig-Holsteinischen Landtages  
Herrn Peter Sönnichsen, MdL  
Landeshaus  
24105 Kiel

nachrichtlich:  
Herrn  
Präsidenten  
des Landesrechnungshofes  
Schleswig-Holstein  
Dr. Aloys Altmann  
Hopfenstr. 30  
24103 Kiel

Kiel, *20.* September 2010

**Antwort der Landesregierung zu den Fragen der CDU-Landtagsfraktion zum Haushaltsentwurf 2011/2012 - Teil 1 -**

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,

anliegend übersende ich Ihnen den ersten Teil der Antworten der Landesregierung auf die Fragen der CDU-Landtagsfraktion zum Haushaltsentwurf 2011/2012.

Mit freundlichen Grüßen

Rainer Wiegard

## Fragen der

X	CDU
	SPD
	FDP
	Bündnis 90/DIE GRÜNEN
	DIE LINKE
	SSW

## Landtagsfraktion

Schleswig-Holstein

## zum Haushaltsentwurf 2011/2012

<b>Einzelplan:</b>	04
<b>Seite:</b>	13
<b>Kapitel:</b>	01
<b>Titel:</b>	511 01
<b>Zweckbestimmung:</b>	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände

<b>Ansatz Ist 2009:</b>	568,9
<b>Ansatz Soll 2010:</b>	350,0
<b>Ansatz Soll HHE 2011:</b>	613,0
<b>Ansatz Soll HHE 2012:</b>	613,0

## Frage/Sachverhalt:

Warum haben sich die Ansätze für Büromaterial sowie für Bücher, Zeitschriften, Zeitungen u. ä. für 2011 und 2012 gegenüber den Vorjahren jeweils mehr als verdoppelt?

## Antwort der Landesregierung:

Die Kürzung zur Erbringung der Globalen Minderausgaben 2010 im Bereich der sächlichen Verwaltungsausgaben wurde - aus Vereinfachungsgründen - bei diesem Titel vorgenommen. Die Deckung, der über den Ansatz hinausgehenden Ausgaben, erfolgt durch Einsparungen bei anderen Titeln der Hauptgruppe 5. Für die Jahre 2011 und 2012 wird der tatsächliche Bedarf in Ansatz gebracht.

## Fragen der

X	CDU
	SPD
	FDP
	Bündnis 90/DIE GRÜNEN
	DIE LINKE
	SSW

## Landtagsfraktion

Schleswig-Holstein

## zum Haushaltsentwurf 2011/2012

<b>Einzelplan:</b>	04
<b>Seite:</b>	14
<b>Kapitel:</b>	01
<b>Titel:</b>	525 01
<b>Zweckbestimmung:</b>	Ausbildung und Fortbildung

<b>Ansatz Ist 2009:</b>	0,0
<b>Ansatz Soll 2010:</b>	66,2
<b>Ansatz Soll HHE 2011:</b>	100,0
<b>Ansatz Soll HHE 2012:</b>	100,0

Frage/Sachverhalt:

Werden Ausbildungs- und Fortbildungsmaßnahmen extern oder intern durchgeführt?

Wofür entstehen im Einzelnen die zum Ansatz gebrachten Kosten?

Antwort der Landesregierung:

Fortbildungsmaßnahmen werden sowohl extern als auch intern durchgeführt.

- Einführungsfortbildung
- Fachliche Fortbildung für alle Beschäftigten
- Fortbildung zur Erlangung/Erhaltung von Methoden- und Sozialkompetenz
- Selbststeuerungskompetenzen
- Führungskräftefortbildung
- Empfehlungen aus Personalentwicklungsseminaren
- Empfehlungen aus Mitarbeiter-Vorgesetzten-Gesprächen
- Aufstiegsfortbildungen
- Qualifizierungslehrgänge für Beschäftigte
- Inhouse-Seminare
- Teamfindung/-bildung
- Coaching

## Fragen der

X	CDU
	SPD
	FDP
	Bündnis 90/DIE GRÜNEN
	DIE LINKE
	SSW

## Landtagsfraktion

Schleswig-Holstein

## zum Haushaltsentwurf 2011/2012

<b>Einzelplan:</b>	04
<b>Seite:</b>	15
<b>Kapitel:</b>	01
<b>Titel:</b>	526 04
<b>Zweckbestimmung:</b>	Sitzungsgeld und sonstige Ausgaben in Personalvertretungs- und Schwerbehindertenangelegenheiten

<b>Ansatz Ist 2009:</b>	16,4
<b>Ansatz Soll 2010:</b>	36,0
<b>Ansatz Soll HHE 2011:</b>	61,1
<b>Ansatz Soll HHE 2012:</b>	61,1

Frage/Sachverhalt:

Wofür fallen in diesem Titel Dolmetscherkosten an?

Was ist in den „sonstigen Ausgaben“ enthalten?

Antwort der Landesregierung:

Dolmetscherkosten fallen für Gebärdolmetscher bei der Durchführung von Dienstbesprechungen und Personalversammlungen an.

„Sonstige Ausgaben“ beinhalten Schulungs- und Seminarkosten für alle Personalratsgremien im Ressort des Innenministeriums (ohne Polizei).

## Fragen der

X	CDU
	SPD
	FDP
	Bündnis 90/DIE GRÜNEN
	DIE LINKE
	SSW

## Landtagsfraktion

Schleswig-Holstein

## zum Haushaltsentwurf 2011/2012

<b>Einzelplan:</b>	04
<b>Seite:</b>	15
<b>Kapitel:</b>	01
<b>Titel:</b>	526 99
<b>Zweckbestimmung:</b>	Kosten für Sachverständige und Gutachten u. ä.

<b>Ansatz Ist 2009:</b>	27,5
<b>Ansatz Soll 2010:</b>	26,0
<b>Ansatz Soll HHE 2011:</b>	26,0
<b>Ansatz Soll HHE 2012:</b>	26,0

Frage/Sachverhalt:

Welche weiteren Titel im Einzelplan 04 sehen Kosten für externe Sachverständige und Gutachten vor? (vgl. auch S. 21 Raumordnung)

Antwort der Landesregierung:

Die Kosten für die Nutzung von externem Sachverstand im Fachbereich der Raumordnung werden aus oben bezeichnetem Titel getragen.

Weitere Titel, die Mittel für die Beauftragung von Gutachten im Einzelplan des Innenministeriums vorsehen, sind:

0410.00.52699  
0410.63.52663  
0410.71.52671  
0416.00.52699

## Fragen der

X	CDU
	SPD
	FDP
	Bündnis 90/DIE GRÜNEN
	DIE LINKE
	SSW

## Landtagsfraktion

Schleswig-Holstein

## zum Haushaltsentwurf 2011/2012

<b>Einzelplan:</b>	04
<b>Seite:</b>	16
<b>Kapitel:</b>	01
<b>Titel:</b>	531 03
<b>Zweckbestimmung:</b>	Herausgabe der Verkündungsblätter und anderer Veröffentlichungen

<b>Ansatz Ist 2009:</b>	188,8
<b>Ansatz Soll 2010:</b>	175,0
<b>Ansatz Soll HHE 2011:</b>	175,0
<b>Ansatz Soll HHE 2012:</b>	175,0

Frage/Sachverhalt:

Für wie viele unverzichtbare Verordnungen entstehen pro Jahr die Mehrkosten aufgrund eines erhöhten Verkündungsbedarfs?

Antwort der Landesregierung:

Die Befristung von Verordnungen ist durch das auf Initiative des Landtages beschlossene Gesetz über die finanzielle Entlastung der Kommunen in Schleswig-Holstein vom 16. Dezember 2003 (GVBl. Schl.-H. S. 667) eingeführt worden. Betroffen davon sind unter Berücksichtigung der Ausnahmetatbestände des § 62 Abs. 2 Landesverwaltungsgesetz (LVwG) über 200 Verordnungen.

Eine sich aus der Befristungsregelung ergebende Angabe von Mehrkosten ist nicht oder nur mit erheblichem Verwaltungsaufwand zu leisten. § 62 Abs. 1 LVwG lässt nach Ablauf der Geltungsdauer von maximal fünf Jahren eine einmalige Verlängerung oder einen konstitutiven Neuerlass der Verordnungen zu. Zudem wird der Anlass einer Verlängerung oder eines Neuerlasses zum Teil auch genutzt, um ohnehin anstehende Änderungen vorzunehmen. Zur Ermittlung der Mehrkosten müsste in den Ressorts jede in Frage kommende Verordnung daraufhin überprüft werden, welcher der drei vorgenannten Wege wann beschritten worden ist bzw. werden soll und welcher Verkündungsumfang damit jeweils verbunden war bzw. sein würde. Ein derartiger Prüfungsumfang kann nicht kurzfristig geleistet werden.

## Fragen der

X	CDU
	SPD
	FDP
	Bündnis 90/DIE GRÜNEN
	DIE LINKE
	SSW

## Landtagsfraktion

Schleswig-Holstein

## zum Haushaltsentwurf 2011/2012

<b>Einzelplan:</b>	04
<b>Seite:</b>	17
<b>Kapitel:</b>	01
<b>Titel:</b>	533 02
<b>Zweckbestimmung:</b>	Kostenerstattung im Rahmen der Marktüberwachung von Bauprodukten

<b>Ansatz Ist 2009:</b>	0,0
<b>Ansatz Soll 2010:</b>	0,0
<b>Ansatz Soll HHE 2011:</b>	200,0
<b>Ansatz Soll HHE 2012:</b>	200,0

Frage/Sachverhalt:

Liegen Alternativangebote oder Alternativüberlegungen zur Marktüberwachung von Bauprodukten durch den Bereich der Privatwirtschaft bzw. der Beliehenen (TÜV) vor?

Antwort der Landesregierung:

Die Beauftragung der fachlich qualifizierten GMSH mit den zwingend zu erbringenden Aufgaben resultiert aus dem wirtschaftlichen Umgang mit Haushaltsmitteln. Die Angebote der andern befragten Stellen (u.a. Prüfamts Kiel) waren unwirtschaftlicher bzw. es erfolgten gar keine Rückmeldungen.

## Fragen der

X	CDU
	SPD
	FDP
	Bündnis 90/DIE GRÜNEN
	DIE LINKE
	SSW

## Landtagsfraktion

Schleswig-Holstein

## zum Haushaltsentwurf 2011/2012

<b>Einzelplan:</b>	04
<b>Seite:</b>	20
<b>Kapitel:</b>	01
<b>Titel:</b>	893 01
<b>Zweckbestimmung:</b>	Zuweisungen an den kommunalen Investitionsfonds für Zinszuschüsse aus dem Schleswig-Holstein-Fonds

<b>Ansatz Ist 2009:</b>	2.403,3
<b>Ansatz Soll 2010:</b>	4.000,0
<b>Ansatz Soll HHE 2011:</b>	0,0
<b>Ansatz Soll HHE 2012:</b>	0,0

Frage/Sachverhalt:

Warum entfallen diese Zuweisungen?

Antwort der Landesregierung:

Der Schleswig-Holstein-Fonds ist bereits zum 31.12.2009 ausgelaufen. Die in Verbindung mit Darlehen aus dem Kommunalen Investitionsfonds gewährten Zinszuschüsse aus dem Schleswig-Holstein-Fonds laufen zum 31.12.2010 aus.

## Fragen der

X	CDU
	SPD
	FDP
	Bündnis 90/DIE GRÜNEN
	DIE LINKE
	SSW

## Landtagsfraktion

Schleswig-Holstein

## zum Haushaltsentwurf 2011/2012

<b>Einzelplan:</b>	04
<b>Seite:</b>	22
<b>Kapitel:</b>	01
<b>Titel:</b>	685 09 (MG 07)
<b>Zweckbestimmung:</b>	Zuschuss an Hamburg für Personal- und Verwaltungsausgaben des Statistischen Amtes Hamburg/Schleswig-Holstein

<b>Ansatz Ist 2009:</b>	8.639,6
<b>Ansatz Soll 2010:</b>	16.836,2
<b>Ansatz Soll HHE 2011:</b>	15.278,7
<b>Ansatz Soll HHE 2012:</b>	5.947,7

## Frage/Sachverhalt:

Wie erklärt sich der im Vergleich der Jahre 2011 und 2012 um ca. 9 Mio. Euro geringer ausfallende Ansatz für 2012?

Soweit hier und auch im Titel 68510014 (Zuschuss an Hamburg für Statistiken der Fachressorts) die Kosten für die Durchführung des Zensus 2011 enthalten sind: Wie hoch werden die Gesamtkosten für die Durchführung des Zensus 2011 für das Land sein?

## Antwort der Landesregierung:

Der Ansatz 2011 beinhaltet die Betriebskosten des StaN inkl. Kosten des Zensus i. H. v. rd. 7,8 Mio. €. Der erhebliche Rückgang in 2012 ist auf die Verminderung der Zensuskosten (der wesentliche Aufwand entsteht im Jahr 2011) zurückzuführen.  
Nach den bislang vorliegenden Planungen werden die Kosten des Zensus 2011 rd. 19,8 Mio. betragen. Sie setzen sich zusammen aus 12.852 T€ Zensuskosten beim StaN und 6.694 T€ Kosten der kommunalen Erhebungsstellen.

## Fragen der

X	CDU
	SPD
	FDP
	Bündnis 90/DIE GRÜNEN
	DIE LINKE
	SSW

## Landtagsfraktion

Schleswig-Holstein

## zum Haushaltsentwurf 2011/2012

<b>Einzelplan:</b>	04
<b>Seite:</b>	24
<b>Kapitel:</b>	01
<b>Titel:</b>	428 63
<b>Zweckbestimmung:</b>	Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer

<b>Ansatz Ist 2009:</b>	2.290,1
<b>Ansatz Soll 2010:</b>	2.828,1
<b>Ansatz Soll HHE 2011:</b>	2.828,1
<b>Ansatz Soll HHE 2012:</b>	2.828,1

Frage/Sachverhalt:

Wie stellt sich im Einzelnen die Personalstärke und -struktur der hinter diesem Haushaltstitel stehenden zentralen Fahrbereitschaft dar?

Antwort der Landesregierung:

In der zentralen Fahrbereitschaft sind derzeit 20 Cheffahrer/innen beschäftigt. Sie sind folgenden Personen zugeordnet: 2 dem Ministerpräsidenten, jeweils einer der Ministerin / den Ministern, jeweils einer den Staatssekretär/innen, einer dem Chef der Staatskanzlei, einer dem Regierungssprecher und einer dem Protokollfahrzeug. Der Finanz-Staatssekretär nimmt den allg. Fahrdienst in Anspruch. Außerdem sind in der Fahrbereitschaft derzeit 14 Fahrer/innen des allgemeinen Fahrdienstes beschäftigt.

## Fragen der

X	CDU
	SPD
	FDP
	Bündnis 90/DIE GRÜNEN
	DIE LINKE
	SSW

## Landtagsfraktion

Schleswig-Holstein

## zum Haushaltsentwurf 2011/2012

<b>Einzelplan:</b>	04
<b>Seite:</b>	25
<b>Kapitel:</b>	01
<b>Titel:</b>	514 63
<b>Zweckbestimmung:</b>	Verbrauchsmittel, Haltung von Dienstfahrzeugen und DGL

<b>Ansatz Ist 2009:</b>	
<b>Ansatz Soll 2010:</b>	
<b>Ansatz Soll HHE 2011:</b>	
<b>Ansatz Soll HHE 2012:</b>	

## Frage/Sachverhalt:

Wer nutzt außer den Mitgliedern der Landesregierung den unter diesem Titel angegebenen Bestand der ca. 70 Fahrzeuge?

Welche Entwicklung macht die Erhöhung des Bestandes an Dienstwagen von 65 in 2008 auf planmäßig 77 in 2012 erforderlich?

## Antwort der Landesregierung:

Die zentrale Fahrbereitschaft steht neben den Mitgliedern der Landesregierung allen Beschäftigten der Ministerien für den Dienstreiseverkehr zur Verfügung. Die Erhöhung des Sollbestandes hat sich dadurch ergeben, weil Fahrten mit dienstlich anerkannten Privatfahrzeugen aus wirtschaftlichen Gründen nunmehr mit Dienstkraftfahrzeugen durchgeführt werden.

## Fragen der

X	CDU
	SPD
	FDP
	Bündnis 90/DIE GRÜNEN
	DIE LINKE
	SSW

## Landtagsfraktion

Schleswig-Holstein

## zum Haushaltsentwurf 2011/2012

<b>Einzelplan:</b>	04
<b>Seite:</b>	29
<b>Kapitel:</b>	1
<b>Titel:</b>	533 72
<b>Zweckbestimmung:</b>	Ausgaben aufgrund von Werkverträgen für Betriebsärzte, Sicherheitsingenieure und andere Fachkräfte für Arbeitssicherheit

<b>Ansatz Ist 2009:</b>	170,2
<b>Ansatz Soll 2010:</b>	250,0
<b>Ansatz Soll HHE 2011:</b>	240,0
<b>Ansatz Soll HHE 2012:</b>	240,0

## Frage/Sachverhalt:

Warum wird eine Erhöhung der Ausgaben für Werkverträge um 80.000 bzw. 70.000 Euro erforderlich?

Wo im Innenministerium werden Sicherheitsingenieure und Fachkräfte für Arbeitssicherheit benötigt und inwieweit sind im Ministerium Betriebsärzte zum Arbeitsschutz und zur Unfallverhütung erforderlich?

## Antwort der Landesregierung:

Im HH-Jahr 2009 betrug das **Ist** 170,2 T€ - zuzüglich 81,4 T€ (0401.00.53403 Gesundheitsförderung, Ansatz 0T€) d.h. insgesamt ca. 250,0 T€. Somit entspricht das Ist dem Soll des Jahres 2010.

Im Innenministerium einschließlich des nachgeordneten Bereiches (Polizei/Landesfeuerwehrschule/Katasterverwaltung) sind aufgrund gesetzlicher Vorgaben (u.a. Arbeitsschutzgesetz/Arbeitssicherheitsgesetz) sechs Betriebsärzte und zehn Fachkräfte für Arbeitssicherheit eingesetzt.

Betriebsärzte, die auf Grundlage geltender Gesetze zu bestellen sind, haben arbeitsmedizinische Vorsorgeuntersuchungen (z.B. für Bildschirmarbeit) durchzuführen und die Arbeitsstätten zu begehen. Weiterhin beraten sie den Arbeitgeber bei der Bewältigung der Auswirkungen psychischer und körperlicher Belastungen auf die Beschäftigten mit dem Ziel eines gesundheitsfördernden Arbeitsklimas.

## Fragen der

X	CDU
	SPD
	FDP
	Bündnis 90/DIE GRÜNEN
	DIE LINKE
	SSW

## Landtagsfraktion

Schleswig-Holstein

## zum Haushaltsentwurf 2011/2012

<b>Einzelplan:</b>	04
<b>Seite:</b>	32
<b>Kapitel:</b>	02
<b>Titel:</b>	684 02
<b>Zweckbestimmung:</b>	Institutionelle Förderung des Landessportverbandes und seine Einrichtungen

<b>Ansatz Ist 2009:</b>	5.670,0
<b>Ansatz Soll 2010:</b>	5.670,0
<b>Ansatz Soll HHE 2011:</b>	5.670,0
<b>Ansatz Soll HHE 2012:</b>	5.670,0

## Frage/Sachverhalt:

Wie ist die Förderung des Landessportverbandes und seiner Einrichtungen im Einzelnen aufzuschlüsseln?

Wie viele Mittel werden beim Landessportverband für Personalkosten, Aufwandsentschädigungen oder ähnliche Vergütungen verwendet?

## Antwort der Landesregierung:

Wie ist die Förderung des Landessportverbandes und seiner Einrichtungen im Einzelnen aufzuschlüsseln?

**Der Zuschuss an den LSV in Höhe von 5,67 Mio. € wird in monatlich gleichen Raten überwiesen und ist (ohne dass dem LSV die Höhe der jeweiligen Förderung vorgegeben wird) insbesondere bestimmt für die Förderung:**

- des Hauses des Sports,
- des Sport- und Bildungszentrums Malente,
- der Fußballschule Malente,
- des Ruderleistungszentrums Ratzeburg,
- des Olympiazentrums Kiel Schilksee,
- der Turnschule Trappenkamp,
- von Maßnahmen im Bereich des Leistungssports und des Breitensports,

- von Maßnahmen im Bereich der Lehrarbeit und Ausbildung,
- von Maßnahmen im Bereich des Jugendsports,
- von Meisterschaften durch Landesverbände,
- Maßnahmen für die Integration durch Sport,
- Maßnahmen gegen Doping im Sport,
- Maßnahmen zur Unterstützung der Teilhabe von sozial schwachen Kindern und Jugendlichen am Vereinssport,
- der „Partnerschulen des Leistungssports“.

Von den Mitteln ist zudem ein Anteil von mindestens 1,5 Millionen EURO jährlich für Investitionen für den Neubau, die Sanierung und Verbesserung von Sportstätten der Mitgliedsverbände und -vereine sowie für die zentralen Einrichtungen des LSV zu verwenden. Für das Projekt „Sport gegen Gewalt, Intoleranz und Fremdenfeindlichkeit“ sind aus den zugewendeten Mitteln mindestens 230.000,- Euro jährlich bereit zu stellen.

Wie viele Mittel werden beim Landessportverband für Personalkosten, Aufwandsentschädigungen oder ähnliche Vergütungen verwendet?

### **LSV/Sport u. Bildungszentrum Malente/ Bildungswerk Kassenbericht 2009**

**Insgesamt einschließlich Personalkosten, welche von anderen Stellen (Bundesverwaltungsamt, Sponsoren, etc.) erstattet werden:**

Personalkosten	2.163.832,00 = 16,05 % vom Haushalt LSV
Personalnebenkosten	77.327,00 = 0,57 % vom Haushalt LSV

**ohne „Finanzierung von anderen Stellen“:**

Personalkosten „bereinigt“	1.899.000,00 = 14,08 % vom Haushalt LSV
Personalnebenkosten	77.327,00 = 0,57 % vom Haushalt LSV

**Kosten für Aufwandsentschädigungen einschließlich Fahrtkosten = 35.000,- € pro Jahr**  
(12 Gremien mit jeweils ca. 8 ehrenamtlichen Mitgliedern tagen 3-4 mal jährlich - die reine Aufwandsentschädigung beträgt 6,- € pro Sitzung)

## Fragen der

X	CDU
	SPD
	FDP
	Bündnis 90/DIE GRÜNEN
	DIE LINKE
	SSW

## Landtagsfraktion

Schleswig-Holstein

## zum Haushaltsentwurf 2011/2012

<b>Einzelplan:</b>	04
<b>Seite:</b>	35
<b>Kapitel:</b>	03
<b>Titel:</b>	111 01
<b>Zweckbestimmung:</b>	Gebühren und tarifliche Entgelte

<b>Ansatz Ist 2009:</b>	10.229,9
<b>Ansatz Soll 2010:</b>	10.900,0
<b>Ansatz Soll HHE 2011:</b>	10.000,0
<b>Ansatz Soll HHE 2012:</b>	9.000,0

## Frage/Sachverhalt:

Wie ist das prognostizierte Absinken der Einnahmen aus Gebühren und tariflichen Entgelten zu erklären?

Hat der Gesetzgeber / die Landesregierung die Möglichkeit zu einer Anhebung der Gebühren?

## Antwort der Landesregierung:

Es ist vorgesehen, die Antragsvermessungen stufenweise bis zu einem Anteil von 90 % von den Katasterämtern auf die Öffentlich bestellten Vermessungsingenieurinnen und -ingenieure zu verlagern.

Der Rückgang der Zahl der Anträge auf Vermessungen und diese Verlagerung führen zu dem prognostizierten Absinken der Einnahmen aus Gebühren und tariflichen Entgelten.

Ja, der Gesetzgeber / die Landesregierung hat die Möglichkeit zu einer Anhebung der Gebühren. Gebührenerhöhungen über die Höhe der Kosten hinaus sind aber nach dem Verwaltungskostengesetz nicht zulässig.

## Fragen der

X	CDU
	SPD
	FDP
	Bündnis 90/DIE GRÜNEN
	DIE LINKE
	SSW

## Landtagsfraktion

Schleswig-Holstein

## zum Haushaltsentwurf 2011/2012

<b>Einzelplan:</b>	04
<b>Seite:</b>	35
<b>Kapitel:</b>	03
<b>Titel:</b>	125 02
<b>Zweckbestimmung:</b>	Einnahmen aus Vermessungs-, katographischen, fotografischen, kopiertechnischen und Druckarbeiten

<b>Ansatz Ist 2009:</b>	351,3
<b>Ansatz Soll 2010:</b>	400,0
<b>Ansatz Soll HHE 2011:</b>	400,0
<b>Ansatz Soll HHE 2012:</b>	400,0

Frage/Sachverhalt:

Die Tatsächlichen Einnahmen der Vorjahre scheinen geringer als 400.000 Euro zu liegen.

Worauf gründet sich die Erwartung von Mehreinnahmen in 2011 und 2012?

Antwort der Landesregierung:

Die Ansätze gründen auf einer Schätzung auf der Basis von Angaben des Landesvermessungsamtes. Die Prognose für 2010 von ca. 410,0 T€ (Hochrechnung auf Basis der Werte Ende August 2010) lässt den Schluss zu, dass sich die Einnahmen auch 2011/2012 in ähnlicher Höhe realisierbar sind.

## Fragen der

X	CDU
	SPD
	FDP
	Bündnis 90/DIE GRÜNEN
	DIE LINKE
	SSW

## Landtagsfraktion

Schleswig-Holstein

## zum Haushaltsentwurf 2011/2012

<b>Einzelplan:</b>	04
<b>Seite:</b>	37
<b>Kapitel:</b>	03
<b>Titel:</b>	428 01
<b>Zweckbestimmung:</b>	Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer

<b>Ansatz Ist 2009:</b>	14.984,5
<b>Ansatz Soll 2010:</b>	14.934,9
<b>Ansatz Soll HHE 2011:</b>	18.429,8
<b>Ansatz Soll HHE 2012:</b>	17.409,8

## Frage/Sachverhalt:

In der Anmerkung heißt es, dass jeweils 1.020 T€ gemäß Konzept „10 v.H. Stellenreduzierung bis 2020“ eingespart wurden. Worauf bezieht sich „jeweils“ (auch auf 2010 zu 2011)?

## Antwort der Landesregierung:

Es wurden sowohl für das Haushaltsjahr 2011 (also von 2010 zu 2011) als auch für das Haushaltsjahr 2012 (also von 2011 zu 2012) 1.020 T€ eingespart.

## Fragen der

X	CDU
	SPD
	FDP
	Bündnis 90/DIE GRÜNEN
	DIE LINKE
	SSW

## Landtagsfraktion

Schleswig-Holstein

## zum Haushaltsentwurf 2011/2012

<b>Einzelplan:</b>	04
<b>Seite:</b>	51
<b>Kapitel:</b>	04 05
<b>Titel:</b>	534 61
<b>Zweckbestimmung:</b>	Kosten der Verwaltungsaufsicht im Feuerwehrwesen und für Aufklärung und Werbung

<b>Ansatz Ist 2009:</b>	59,6
<b>Ansatz Soll 2010:</b>	100,0
<b>Ansatz Soll HHE 2011:</b>	95,0
<b>Ansatz Soll HHE 2012:</b>	70,0

Frage/Sachverhalt:

Was bedingt den Anstieg der erforderlichen Mittel für das Projekt „kindgerechte Aufklärungsbroschüre“ im Rahmen der Brandschutzerziehung / -aufklärung?

Antwort der Landesregierung:

Die Beschaffung der „kindgerechten Aufklärungsbroschüre“ erfolgt alle 2 Jahre. Dabei wird der Bedarf für jeweils 2 Jahre beschafft, da eine höhere Auflage kostengünstiger ist. Die Verteilung in diesem Jahr hat einen Mehrbedarf in Höhe von ca. 20 v. H. ergeben, sodass in 2011 ein erhöhter Ansatz in den Haushaltsplan eingestellt wurde.

## Fragen der

X	CDU
	SPD
	FDP
	Bündnis 90/DIE GRÜNEN
	DIE LINKE
	SSW

## Landtagsfraktion

Schleswig-Holstein

## zum Haushaltsentwurf 2011/2012

<b>Einzelplan:</b>	04
<b>Seite:</b>	54
<b>Kapitel:</b>	04 05
<b>Titel:</b>	632 65
<b>Zweckbestimmung:</b>	Anteil an den Kosten für das Havariekommando (Brandschutz)

<b>Ansatz Ist 2009:</b>	276,4
<b>Ansatz Soll 2010:</b>	360,0
<b>Ansatz Soll HHE 2011:</b>	359,0
<b>Ansatz Soll HHE 2012:</b>	478,2

## Frage/Sachverhalt:

Es wird um nähere Erläuterungen zu den Mehraufwendungen für das Jahr 2012 (Einrichtung von technischen Arbeitsstationen, „Spezialarbeitsplätze“) gebeten. Wo entstehen diese? Was beinhalten diese?

## Antwort der Landesregierung:

Das neu zu errichtende Gebäude für das Maritime Sicherheitszentrum -MSZ- (nach aktuellem Stand Fertigstellung in 2012) wird naturgemäß nicht mit normalen Büroarbeitsplätzen auskommen, sondern mit entsprechender Leitstellentechnik ausgestattet werden. Die dafür vorgesehenen technischen Einrichtungen sind im Rahmen einer Bund-Länder-Expertengruppe kritisch validiert worden. Die dabei entstehenden Technik-Kosten werden nach der Anzahl der jeweils benötigten (Leitstellen)Spezialarbeitsplätze (SAP) auf die im MSZ vertretenen Partner im Rahmen von jährlichen Sachkostenpauschalen umgelegt (nur Sachkosten – keine Personalstellen).

Auch das Havariekommando (HK) als Bund-Länder-Einrichtung ist im MSZ untergebracht. Für den alltäglichen Lagedienst sowie insbesondere für die Bewältigung von komplexen Schadenslagen werden durch das HK folgende SAP benötigt:

- 4 SAP im Gemeinsamen Lagezentrum See (GLZ-See),
- 2 SAP im Sonderlage-Raum des HK.

Die 4 SAP im GLZ-See werden bzgl. der Sachkostenpauschale auf je 60 T€ (gesamt 240 T€) berechnet. Die Länder tragen hiervon die Kosten für 1 SAP (60 T€).

Die 2 SAP im Sonderlageraum des HK sind technisch aufwendiger und werden bzgl. der

Sachkostenpauschale auf je 100 T€ berechnet. Die Länder übernehmen hiervon die Kosten für 1 SAP (100 T€).

Von den dabei auf Länderseite entstehenden Gesamtkosten in Höhe von 160 T€ trägt das Land Schleswig-Holstein dem Kostenschlüssel aus der Havariekommandovereinbarung entsprechend 30 v. H. (=48,0 T€), die sich auf Landesebene zwischen den Ressorts wie folgt aufteilen:

MLUR	33.600 €	(70 %)
IM	7.200 €	(15 %)
MASG	<u>7.200 €</u>	(15 %)
Summe	48.000 €	

Darüber hinaus übernimmt Schleswig-Holstein die Rolle einer Abrechnungsstelle auf Länderseite. Konkret werden sämtliche Länderkosten für die SAP gegenüber dem Bund beglichen und den übrigen Ländern den jeweiligen v. H.-Anteilen gem. Kostenschlüssel entsprechend in Rechnung gestellt.

Sämtliche o. g. Kosten werden erstmals ab Fertigstellung des neuen MSZ-Gebäudes wirksam. Dementsprechend sind die Ansätze in 2012 wie folgt im Haushaltsplan zu veranschlagen:

0405-232 65 (TG 65)	294,0 T€	Anteil andere Länder für HK
	<u>112,0 T€</u>	Anteil andere Länder für „SAP“
	406,0 T€	

Die nachstehenden Anteile des MASG bzw. des MLUR sind im EP 10 bzw. EP 13 veranschlagt und gelangen im Wege der Verrechnung in den EP 04.

	61,0 T€	Anteil MASG für HK
	33,6 T€	Anteil MLUR für „SAP“
	<u>7,2 T€</u>	Anteil MASG für „SAP“
	101,8 T€	
0405-632 65 (TG 65)	420,0 T€	Anteil aller Länder für HK
	<u>160,0 T€</u>	Anteil aller Länder für „SAP“
	580,0 T€	
abzgl.	<u>101,8 T€</u>	Anteile MLUR und MASG
	<b>478,2 T€</b>	

## Fragen der

X	CDU
	SPD
	FDP
	Bündnis 90/DIE GRÜNEN
	DIE LINKE
	SSW

## Landtagsfraktion

Schleswig-Holstein

## zum Haushaltsentwurf 2011/2012

<b>Einzelplan:</b>	04
<b>Seite:</b>	61
<b>Kapitel:</b>	04 10
<b>Titel:</b>	232 01
<b>Zweckbestimmung:</b>	Zuweisungen von Mehrkosten aus Anlass des Einsatzes von Polizeikräften in anderen Ländern

<b>Ansatz Ist 2009:</b>	1.823,5
<b>Ansatz Soll 2010:</b>	800,0
<b>Ansatz Soll HHE 2011:</b>	850,0
<b>Ansatz Soll HHE 2012:</b>	850,0

Frage/Sachverhalt:

Decken die Zuweisungen die Mehrkosten, insbesondere 2009?

Antwort der Landesregierung:

Die Abrechnung von Mehrkosten ist in der Verwaltungsvereinbarung über vereinfachte Regelungen und einheitliche Pauschalen für die Abrechnung von Unterstützungseinsätzen geregelt. Dieser Vereinbarung aus dem Jahr 2006 sind alle Bundesländer und der Bund beigetreten. Durch die Zuweisungen werden die durch die Unterstützung verursachten zusätzlichen Aufwendungen erstattet.

Eine „Spitzabrechnung“ von Mehrkosten im Sinne einer Kostenleistungsrechnung erfolgt nicht.

**Fragen der**

X	CDU
	SPD
	FDP
	Bündnis 90/DIE GRÜNEN
	DIE LINKE
	SSW

**Landtagsfraktion**

Schleswig-Holstein

**zum Haushaltsentwurf 2011/2012**

<b>Einzelplan:</b>	04
<b>Seite:</b>	61
<b>Kapitel:</b>	04 10
<b>Titel:</b>	231 63
<b>Zweckbestimmung:</b>	Kostenerstattungen für die Bereitstellung eines digitalen Sprech- und Datenfunkverkehrs

<b>Ansatz Ist 2009:</b>	0,0
<b>Ansatz Soll 2010:</b>	0,0
<b>Ansatz Soll HHE 2011:</b>	1.417,0
<b>Ansatz Soll HHE 2012:</b>	1.843,0

Frage/Sachverhalt:

Welche Nutzer werden voraussichtlich in welcher Höhe für die Nutzung der landeseigenen Digitalfunktechnik zahlen?

Antwort der Landesregierung:

Die Veranschlagung beinhaltet die bundesseitigen Erstattungen für die Mitbenutzung des digitalen Funknetzes in SH.

Eine Nutzung durch die Kommunalen Gebietskörperschaften, z. B. für den Rettungsdienst und die Feuerwehr ist freiwillig und wird nicht vor 2013 erwartet. Derzeit werden Verhandlungen mit den kommunalen Spitzenverbänden geführt, in denen die Konditionen bei einer eventuellen Mitbenutzung verbindlich festgelegt werden.

## Fragen der

X	CDU
	SPD
	FDP
	Bündnis 90/DIE GRÜNEN
	DIE LINKE
	SSW

## Landtagsfraktion

Schleswig-Holstein

## zum Haushaltsentwurf 2011/2012

<b>Einzelplan:</b>	04
<b>Seite:</b>	64
<b>Kapitel:</b>	04 10
<b>Titel:</b>	422 01
<b>Zweckbestimmung:</b>	Bezüge und Nebenleistungen der planmäßigen Beamtinnen und Beamten

<b>Ansatz Ist 2009:</b>	251.528,1
<b>Ansatz Soll 2010:</b>	233.237,4
<b>Ansatz Soll HHE 2011:</b>	247.305,0
<b>Ansatz Soll HHE 2012:</b>	247.305,0

## Frage/Sachverhalt:

Wie erklärt sich gegenüber 2009 und 2010 im Vergleich zu 2011 und 2012 der Anstieg der Bezüge (Ziff. 1) um ca. 20 Mio. Euro?

Wie erklärt sich im Vergleich von „Ist 2009“ und „Soll 2011“ der um ca. 4 Mio. geringere Ansatz?

## Antwort der Landesregierung:

Mit dem 2. Nachtragshaushalt wurde der Titel einmalig für 2010 um 2 Mio.€ abgesenkt. Diese Absenkung wurde für die Haushalte 2011 und 2012 rückgängig gemacht. Aus Titel 0410 422 03 sind 11.232,6T€ aufgrund der Änderungen des Dienstrechtes im Jahr 2009 in diesen Titel übertragen worden. Hinzu kommt eine strukturelle Anpassung des Titels um zusätzliche 835T€.

Das geringere „Soll 2011“ im Vergleich zum „Ist 2009“ erklärt sich dadurch, dass im „Ist 2009“ bereits Tarifverstärkungsmittel inbegriffen sind bzw. zur Auszahlung gekommen sind.

## Fragen der

X	CDU
	SPD
	FDP
	Bündnis 90/DIE GRÜNEN
	DIE LINKE
	SSW

## Landtagsfraktion

Schleswig-Holstein

## zum Haushaltsentwurf 2011/2012

<b>Einzelplan:</b>	04
<b>Seite:</b>	65
<b>Kapitel:</b>	04 10
<b>Titel:</b>	511 01
<b>Zweckbestimmung:</b>	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände

<b>Ansatz Ist 2009:</b>	5.714,1
<b>Ansatz Soll 2010:</b>	4.425,0
<b>Ansatz Soll HHE 2011:</b>	4.675,0
<b>Ansatz Soll HHE 2012:</b>	4.675,0

## Frage/Sachverhalt:

Was steht hinter der Beschaffung und Unterhaltung von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen für das LKA (Ziff. 14) in Höhe von 250.000 Euro?

## Antwort der Landesregierung:

Es handelt sich hierbei um nicht investive Ausgaben für die Beschaffung von technischem Einsatz- und Kleingerät, um Unterhaltungskosten und um Verbrauchsmaterialien für die Ausrüstung der Spezialeinheiten und Spezialkräfte des Landeskriminalamtes.

## Fragen der

X	CDU
	SPD
	FDP
	Bündnis 90/DIE GRÜNEN
	DIE LINKE
	SSW

## Landtagsfraktion

Schleswig-Holstein

## zum Haushaltsentwurf 2011/2012

<b>Einzelplan:</b>	04
<b>Seite:</b>	66
<b>Kapitel:</b>	04 10
<b>Titel:</b>	514 01
<b>Zweckbestimmung:</b>	Verbrauchsmittel, Haltung von Dienstfahrzeugen und dgl.

<b>Ansatz Ist 2009:</b>	9.463,3
<b>Ansatz Soll 2010:</b>	9.870,0
<b>Ansatz Soll HHE 2011:</b>	9.620,0
<b>Ansatz Soll HHE 2012:</b>	9.620,0

Frage/Sachverhalt:

Was steht hinter Unterhaltung und Instandsetzung nach Ziff. 1.2 (2.150.000 bzw. 2.100.000) im Unterschied zur Unterhaltung und Instandsetzung nach Ziff. 2.2. (710.000)?

Antwort der Landesregierung:

Die Ziffer 1.2 bezieht sich auf die Unterhaltung der Dienstfahrzeuge.  
Die Ziffer 2.2 bezieht sich auf den Betrieb und Unterhaltung von Wasserfahrzeugen.

## Fragen der

X	CDU
	SPD
	FDP
	Bündnis 90/DIE GRÜNEN
	DIE LINKE
	SSW

## Landtagsfraktion

Schleswig-Holstein

## zum Haushaltsentwurf 2011/2012

<b>Einzelplan:</b>	04
<b>Seite:</b>	68
<b>Kapitel:</b>	04 10
<b>Titel:</b>	518 99
<b>Zweckbestimmung:</b>	Leasingraten für Dienstkraftfahrzeuge

<b>Ansatz Ist 2009:</b>	3.615,5
<b>Ansatz Soll 2010:</b>	1.396,7
<b>Ansatz Soll HHE 2011:</b>	40,0
<b>Ansatz Soll HHE 2012:</b>	41,0

Frage/Sachverhalt:

Wie erklärt sich die erhebliche Verringerung der Leasingraten für Dienstkraftfahrzeuge?

Antwort der Landesregierung:

Ab 2009 reduzieren sich die Kosten stark durch die Entscheidung zur Umstellung auf Kauffahrzeuge.

## Fragen der

X	CDU
	SPD
	FDP
	Bündnis 90/DIE GRÜNEN
	DIE LINKE
	SSW

## Landtagsfraktion

Schleswig-Holstein

## zum Haushaltsentwurf 2011/2012

<b>Einzelplan:</b>	04
<b>Seite:</b>	68
<b>Kapitel:</b>	04 10
<b>Titel:</b>	525 01
<b>Zweckbestimmung:</b>	Aus- und Fortbildung

<b>Ansatz Ist 2009:</b>	1.133,9
<b>Ansatz Soll 2010:</b>	1.660,0
<b>Ansatz Soll HHE 2011:</b>	1.730,0
<b>Ansatz Soll HHE 2012:</b>	1.589,0

## Frage/Sachverhalt:

Wie erklärt sich in 2011 der höhere Ansatz für die Aus- und Fortbildung?

An wen werden nach Ziff. 2 Schulgeld, Unterrichtsentschädigungen, Honorare und Prüfungsgebühren gezahlt und was ist unter Ziff. 6 Sonstiges zu verstehen?

## Antwort der Landesregierung:

Für das Jahr 2011 enthält der Titel einen erstmaligen Ansatz für die Finanzierung von Übungseinsätzen. Die Kosten für Übungseinsätze waren bis 2010 bei 0410.52561 - Kosten aus Anlass von Übungseinsätzen - veranschlagt.

Unter der Ziffer 2 erfolgen insbesondere Auszahlungen für Lehrgangs- und Prüfungsgebühren an der Fachhochschule für Verwaltung und Dienstleistungen in Altenholz, Entgelte für nebenamtliche Dozenten, Lehrgangsgebühren für externe Einrichtungen wie für Masterstudiengänge der Polizei bei der Fachhochschule für öffentliche Verwaltung, Polizei und Rechtspflege Mecklenburg-Vorpommern in Güstrow und dergleichen.

Die Position „Sonstiges“ enthält sog. „sonstige nicht aufteilbare Ausgaben in Angelegenheiten der Aus- und Fortbildung. Hierunter fallen z. Bsp. Gebühren für die Ausstellung von Führungszeugnissen, Erstattung von Kosten an fortzubildende Polizeibedienstete für die Betreuung deren Kinder, Reisekosten für nebenamtliche Lehrkräfte, Kosten für den Besuch des juristischen Instituts Kaliningrad (Polizeischule) und der entsprechende Gegenbesuch, Lehr- und Lernmittel etc.

## Fragen der

X	CDU
	SPD
	FDP
	Bündnis 90/DIE GRÜNEN
	DIE LINKE
	SSW

## Landtagsfraktion

Schleswig-Holstein

## zum Haushaltsentwurf 2011/2012

<b>Einzelplan:</b>	04
<b>Seite:</b>	74
<b>Kapitel:</b>	04 10
<b>Titel:</b>	632 08
<b>Zweckbestimmung:</b>	Erstattung einsatzbedingter Mehrausgaben an andere Länder

<b>Ansatz Ist 2009:</b>	294,1
<b>Ansatz Soll 2010:</b>	300,0
<b>Ansatz Soll HHE 2011:</b>	300,0
<b>Ansatz Soll HHE 2012:</b>	300,0

Frage/Sachverhalt:

Am Beispiel von 2009: Welche Erstattungen von Mehrausgaben wurden für welche Einsätze gezahlt und womit ist für die Jahre 2011 und 2012 zu rechnen?

Antwort der Landesregierung:

24.11.2007	NPD-Kundgebung Neumünster	8.895,50 €
29.-30.03.2008	NPD-Kundgebung Lübeck	17.159,43 €
14.12.2008	Fußball – Lübeck	558,65 €
25.04.2009	Fußball – Lübeck	2.965,27 €
28.03.2009	NPD-Kundgebung Lübeck	44.103,01 €
27.-29.03.2009	NPD-Kundgebung Lübeck	98.078,29 €
28.03.2009	NPD-Kundgebung Lübeck	33.588,60 €
06.06.2009	Demonstration Pinneberg	14.650,55 €
17.05.2009	Fußball Norderstedt	275,92 €
26.04.2009	Fußball Norderstedt	271,82 €
06.06.2009	Demonstration Pinneberg	7.993,52 €
06.-07.06.2009	Demonstration Pinneberg	25.256,54 €
13.06.2009	Einsatz Neumünster	6.070,09 €
28.07.2009	Einsatz Kiel	333,64 €
06.06.2009	Demonstration Pinneberg	19.402,67 €
06.06.2009	Demonstration Pinneberg	13.412,89 €
12.07.2009	AKW Krümmel	1.066,35 €

Die Ansätze basieren auf den Erfahrungen der vergangenen Jahre. Die Ist-Kosten sind abhängig vom Einsatzgeschehen und nicht steuerbar.

## Fragen der

X	CDU
	SPD
	FDP
	Bündnis 90/DIE GRÜNEN
	DIE LINKE
	SSW

## Landtagsfraktion

Schleswig-Holstein

## zum Haushaltsentwurf 2011/2012

<b>Einzelplan:</b>	04
<b>Seite:</b>	76-77
<b>Kapitel:</b>	10
<b>Titel:</b>	812 01
<b>Zweckbestimmung:</b>	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen

<b>Ansatz Ist 2009:</b>	1.607,1
<b>Ansatz Soll 2010:</b>	1.330,0
<b>Ansatz Soll HHE 2011:</b>	2.166,0
<b>Ansatz Soll HHE 2012:</b>	1.698,5

## Frage/Sachverhalt:

Was sind die Gründe für einen Anstieg beim Erwerb von Verkehrsüberwachungsgeräten um ca. 100.000 Euro in 2011 gegenüber den Vor- und Folgejahren (Ziff. 3)?

Was sind die Gründe für den Anstieg für die Mehrausgaben in 2011 und 2012 bezüglich des Erwerbs von Waffen und waffentechnischen Geräten bzw. Optik (Ziff. 4) in Abgrenzung zu den Mehrausgaben für das Konzept „neue Polizeidienstpistole (Ziff. 6)“?

## Antwort der Landesregierung:

Zum Abbau des Investitions- und Unterhaltungstaus müssen z.B. diverse Geschwindigkeitsmessgeräte und Atemalkoholtestgeräte ersetzt werden (Ziff. 3). Außerdem sind z.B. ABC-Masken und Helm/ABC-Maskenkombinationen zu ersetzen (Ziff. 4)

## Fragen der

X	CDU
	SPD
	FDP
	Bündnis 90/DIE GRÜNEN
	DIE LINKE
	SSW

## Landtagsfraktion

Schleswig-Holstein

## zum Haushaltsentwurf 2011/2012

<b>Einzelplan:</b>	04
<b>Seite:</b>	77-78
<b>Kapitel:</b>	04 10
<b>Titel:</b>	812 06
<b>Zweckbestimmung:</b>	Erwerb von Geräten und sonstigen beweglichen Sachen für das LKA

<b>Ansatz Ist 2009:</b>	1.330,4
<b>Ansatz Soll 2010:</b>	1.434,6
<b>Ansatz Soll HHE 2011:</b>	1.058,4
<b>Ansatz Soll HHE 2012:</b>	970,3

Frage/Sachverhalt:

Was begründet den Anstieg der Ausgaben für den Erwerb von Geräten für das MEK in 2011 und 2012 (Ziff. 3)?

Antwort der Landesregierung:

Der Anstieg in beiden Haushaltsjahren geht auf den notwendigen, umfangreichen technischen Ausbau verschiedener Aufklärungs- und Verfolgungsfahrzeuge zurück.

## Fragen der

X	CDU
	SPD
	FDP
	Bündnis 90/DIE GRÜNEN
	DIE LINKE
	SSW

## Landtagsfraktion

Schleswig-Holstein

## zum Haushaltsentwurf 2011/2012

<b>Einzelplan:</b>	04
<b>Seite:</b>	79
<b>Kapitel:</b>	04 10
<b>Titel:</b>	514 63
<b>Zweckbestimmung:</b>	Unterhaltung- und Betriebskosten für die Leitstellen und den Digitalfunk

<b>Ansatz Ist 2009:</b>	263,8
<b>Ansatz Soll 2010:</b>	2.359,6
<b>Ansatz Soll HHE 2011:</b>	5.050,0
<b>Ansatz Soll HHE 2012:</b>	4.232,0

Frage/Sachverhalt:

Werden an anderer Stelle die Kosten für Funksysteme sinken (bitte entsprechende Stelle im Haushaltsplan nennen)?

Antwort der Landesregierung:

Nach der Inbetriebnahme der ersten digitalen Funksysteme muss für einen Übergangszeitraum der Parallelbetrieb von analogen und digitalen Funksystemen gewährleistet werden. Frühestens ab 2014 können analoge Funksysteme reduziert werden, was sich in den Titeln 812 02 und 511 01 auswirken wird.

## Fragen der

X	CDU
	SPD
	FDP
	Bündnis 90/DIE GRÜNEN
	DIE LINKE
	SSW

## Landtagsfraktion

Schleswig-Holstein

## zum Haushaltsentwurf 2011/2012

<b>Einzelplan:</b>	04
<b>Seite:</b>	79
<b>Kapitel:</b>	04 10
<b>Titel:</b>	518 63
<b>Zweckbestimmung:</b>	Mieten und pachten für Grundstücke, Gebäude und Räume der Basisstationen für den Digitalfunk

<b>Ansatz Ist 2009:</b>	4,5
<b>Ansatz Soll 2010:</b>	0,0
<b>Ansatz Soll HHE 2011:</b>	709,0
<b>Ansatz Soll HHE 2012:</b>	796,0

Frage/Sachverhalt:

Wie erklärt sich das Entstehen von Kosten erst ab 2011?

Wie erklärt sich der Anstieg von 2011 auf 2012?

Antwort der Landesregierung:

Der Aufbau des digitalen Funknetzes hat erst im HHJ 2010 begonnen, so dass die Mieten für Grundstücke für die Errichtung von Basisstationen, bzw. die Mieten für die Mitbenutzung von Bestandsmasten Dritter erst ab der 2. Jahreshälfte 2010 anfallen und somit für 2011 veranschlagt worden sind.

Der Aufbau der Basisstationen wird voraussichtlich 2012 abgeschlossen sein, dadurch ist in 2012 noch ein leichter Anstieg bei den Ausgabeverpflichtungen zu verzeichnen.

## Fragen der

X	CDU
	SPD
	FDP
	Bündnis 90/DIE GRÜNEN
	DIE LINKE
	SSW

## Landtagsfraktion

Schleswig-Holstein

## zum Haushaltsentwurf 2011/2012

<b>Einzelplan:</b>	04
<b>Seite:</b>	80
<b>Kapitel:</b>	04 10
<b>Titel:</b>	511 64
<b>Zweckbestimmung:</b>	Geschäftsbedarf und Kommunikation sowie Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände, sonstige Gebrauchsgegenstände

<b>Ansatz Ist 2009:</b>	557,2
<b>Ansatz Soll 2010:</b>	400,0
<b>Ansatz Soll HHE 2011:</b>	754,0
<b>Ansatz Soll HHE 2012:</b>	830,0

## Frage/Sachverhalt:

Was steht hinter den Kosten für Telekommunikationsüberwachung in 2011 und 2012 (Ziff. 4)?

Wie erklärt sich das Absinken der Kosten für Post-, Fernmelde-, Rundfunk- und Fernsehgebühren auf lediglich 8.000 € gegenüber den Haushaltsansätzen aus 2009 und 2010 in Höhe von jeweils 350.000 €?

## Antwort der Landesregierung:

Die Kosten für die Telekommunikationsüberwachung werden durch Maßnahmen nach den §§ 100 a und 100 g StPO ausgelöst. Sie werden durch die Telekommunikationsanbieter der Polizei in Rechnung gestellt und der Justiz als polizeiliche Auslagen zum jeweiligen Verfahren übermittelt.

Diese Kosten waren bislang gemeinsam mit den Rundfunkgebühren und allgemeinen Fernmeldekosten veranschlagt. Die Kosten für die Telekommunikationsüberwachung werden ab dem Haushalt 2011 separat ausgewiesen.

## Fragen der

X	CDU
	SPD
	FDP
	Bündnis 90/DIE GRÜNEN
	DIE LINKE
	SSW

## Landtagsfraktion

Schleswig-Holstein

## zum Haushaltsentwurf 2011/2012

<b>Einzelplan:</b>	04
<b>Seite:</b>	81
<b>Kapitel:</b>	04 10
<b>Titel:</b>	534 64
<b>Zweckbestimmung:</b>	Personen- und Zeugenschutz, Fahndung

<b>Ansatz Ist 2009:</b>	0,0
<b>Ansatz Soll 2010:</b>	0,0
<b>Ansatz Soll HHE 2011:</b>	209,0
<b>Ansatz Soll HHE 2012:</b>	225,0

Frage/Sachverhalt:

Wieso steigen in einem Vergleich mit dem Haushaltstitel 526 64 (Personen- und Zeugenschutz) aus dem Haushaltsplan von 2009/2010 die Kosten für Fahndung um ca. 130.000 € p.A. an?

Antwort der Landesregierung:

Der Titel 52664 ist als „künftig wegfallend“ ausgewiesen. Neu aufgenommen ist der Titel 53464 mit einem Soll von 209 T€ in 2011 und 225 T€ in 2012.

Seit dem Haushaltsjahr 2009 wurden verschiedene Kosten der verdeckten Fahndung / Ermittlung, die bislang verschiedenen anderen Titeln zugeordnet waren, erstmalig in der Position „3. Fahndung“ bei Titel 526 64 zusammengeführt.

Die Anzahl der zu bearbeitenden Fälle und deren im Einzelfall verursachende Kosten sind im Zuge einer frühzeitigen Planung nicht vorhersehbar und in ihrer Höhe von Jahr zu Jahr stark schwankend. Durch unterschiedliche Kostenintensitäten der zum Teil sehr bedeutenden Einzelfälle wird eine Haushaltsanmeldung erschwert.

Der Sollansatz 2011 / 2012 orientiert sich an bisherigen Ist-Ausgaben, bekannten sowie zu erwartenden Entwicklungen.

## Fragen der

X	CDU
	SPD
	FDP
	Bündnis 90/DIE GRÜNEN
	DIE LINKE
	SSW

## Landtagsfraktion

Schleswig-Holstein

## zum Haushaltsentwurf 2011/2012

<b>Einzelplan:</b>	04
<b>Seite:</b>	94
<b>Kapitel:</b>	04 10
<b>Titel:</b>	533 71
<b>Zweckbestimmung:</b>	Ausgaben aufgrund von Werkverträgen für die Durchführung von molekulargenetischen Untersuchungen

<b>Ansatz Ist 2009:</b>	40,9
<b>Ansatz Soll 2010:</b>	80,0
<b>Ansatz Soll HHE 2011:</b>	983,5
<b>Ansatz Soll HHE 2012:</b>	1.273,5

Frage/Sachverhalt:

Wie erklärt sich der Anstieg der Ausgaben in diesem Titel?

Antwort der Landesregierung:

Die Titelgruppe 71 wird mit dem Haushalt 2011 / 2012 neu eingerichtet und enthält erstmalig zusammenfassend alle fachlich zusammengehörenden Ausgaben der Abteilung 4 (Kriminaltechnik) im Landeskriminalamt.

Ausgaben für DNA-Analysen werden bis zum Ende des Haushaltsjahres 2010 bei Titel 53304 geleistet, dieses bislang auch lediglich im Bereich der Mundschleimhautabstriche.

Ab 2011 muss erstmalig aus Kapazitätsgründen innerhalb der Kriminaltechnik die Beauftragung von externen Laboren mit der DNA-Untersuchung von Spurenrägern von einer nachgeordneten Bedeutung erfolgen. So werden Bearbeitungsrückstände abgearbeitet und verhindert, dass neuerliche Rückstände entstehen können.

## Fragen der

X	CDU
	SPD
	FDP
	Bündnis 90/DIE GRÜNEN
	DIE LINKE
	SSW

## Landtagsfraktion

Schleswig-Holstein

## zum Haushaltsentwurf 2011/2012

<b>Einzelplan:</b>	04
<b>Seite:</b>	112
<b>Kapitel:</b>	04 16
<b>Titel:</b>	Abschlussrechnung
<b>Zweckbestimmung:</b>	

<b>Ansatz Ist 2009:</b>	63.565,8
<b>Ansatz Soll 2010:</b>	50.672,9
<b>Ansatz Soll HHE 2011:</b>	66.556,4
<b>Ansatz Soll HHE 2012:</b>	67.544,3

## Frage/Sachverhalt:

Wie hoch ist angesichts des Anstiegs der Gesamtausgaben in 2011 und 2012 die Summe der noch disponiblen Mittel, die noch nicht durch Beschlusslagen und Zusagen aus früheren Jahren gebunden sind?

## Antwort der Landesregierung:

Den oben aufgeführten Einnahmen stehen folgende Ausgaben gegenüber:

Ansatz Ist 2009	111.949,0
Ansatz Soll 2010	87.887,7
Ansatz Soll HHE 2011	121.308,2
Ansatz Soll HHE 2012	125.400,8

Der Anstieg ist im Wesentlichen auf das Wohngeld zurückzuführen. Im Haushaltsjahr 2010 sind überplanmäßige Ausgaben von 24.200 T€ zu verzeichnen aufgrund von Rechtsansprüchen nach dem Wohngeldgesetz. Diese Entwicklung wurde auch im Rahmen des HHE 2011/2012 berücksichtigt; die 86.275 T€ bzw. 87.570 T€ sind nicht disponibel.

Die Kompensationsleistungen (MG 03) in Höhe von je 12.620 T€ sind zweckgebundene Bundesmittel.

Disponible Mittel sind nur in der Städtebauförderung (MG 04) vorhanden:

Von den in den Haushaltsjahren 2011 und 2012 fällig werdenden Städtebauförderungsmitteln sind durch Beschlusslagen und Zusagen nicht gebunden:

- in 2011 Bundesmittel in Höhe von 458 T€ und Landesmittel in Höhe von 1.200 T€ und
- in 2012 Bundesmittel in Höhe von 3.426 T€ und Landesmittel in Höhe von 5.275,6 T€

## Fragen der

X	CDU
	SPD
	FDP
	Bündnis 90/DIE GRÜNEN
	DIE LINKE
	SSW

## Landtagsfraktion

Schleswig-Holstein

## zum Haushaltsentwurf 2011/2012

<b>Einzelplan:</b>	09
<b>Seite:</b>	16
<b>Kapitel:</b>	09 02
<b>Titel:</b>	112 02
<b>Zweckbestimmung:</b>	Gebühren und Auslagen der Gerichtsvollzieherinnen und Gerichtsvollzieher

<b>Ansatz Ist 2009:</b>	9.229,8
<b>Ansatz Soll 2010:</b>	10.000,0
<b>Ansatz Soll HHE 2011:</b>	10.000,0
<b>Ansatz Soll HHE 2012:</b>	10.000,0

## Frage/Sachverhalt:

Sind die Einnahmen aus Gerichtsvollziehergebühren und Gerichtsvollzieherauslagen kostendeckend?  
Was kostet der Unterhalt des öffentlichen Gerichtsvollzieherwesens?

## Antwort der Landesregierung:

Die Einnahmen aus Gerichtsvollziehergebühren und Gerichtsvollzieherauslagen sind zurzeit nicht kostendeckend. Daher sollen nach dem - von SH unterstützten - Gesetzentwurf zur Reform des Gerichtsvollzieherwesens die Gerichtsvollzieher nicht wie bisher als Beamte, sondern als Beliehene ihren Dienst versehen und ihr Einkommen ausschließlich aus den vereinnahmten Gebühren erzielen, mithin kostendeckend arbeiten. Auch wenn eine für die Umsetzung der vorgenannten Reform erforderliche (verfassungsändernde) 2/3-Mehrheit im Bundesrat bzw. Bundestag z.Z. nicht zu erreichen ist, wird das Ziel, nach Maßgabe des o.g. Gesetzentwurfs das Beleihungswesen zu installieren, weiterverfolgt. Bis zu dessen Umsetzung wurden und werden auf Staatssekretärebene unter Beteiligung von Schleswig-Holstein Zwischenlösungen erarbeitet, die im Wesentlichen Elemente der vorgenannten Reform übernehmen, ohne den Status der Gerichtsvollzieher als Beamte zu ändern. Als umsetzbare Reformansätze werden zur Schaffung von Leistungsanreizen u.a. Änderungen im Kosten- und Gebührenrecht, insbesondere die Einführung einer Erfolgsgebühr sowie die Lockerung des Bezirksschutzes im Gerichtsvollzieherwesen angesehen. Eine konkrete Bezifferung des Entlastungspotentials durch diese „Zwischenlösungen“ ist erst bei Vorlage der für die Umsetzung erforderlichen Entwürfe möglich, die bereits in Vorbereitung sind.

Im Übrigen wird – auch die Frage der derzeitigen Kostenunterdeckung betreffend – auf die Antwort der Landesregierung zu der Kleinen Anfrage des Abgeordneten Thorsten Fürter hingewiesen (Drucksache 17/385).

## Fragen der

X	CDU
	SPD
	FDP
	Bündnis 90/DIE GRÜNEN
	DIE LINKE
	SSW

## Landtagsfraktion

Schleswig-Holstein

## zum Haushaltsentwurf 2011/2012

<b>Einzelplan:</b>	09
<b>Seite:</b>	18
<b>Kapitel:</b>	09 02
<b>Titel:</b>	422 01
<b>Zweckbestimmung:</b>	Bezüge und Nebenleistungen der planmäßigen Beamtinnen und Beamten – Richterinnen und Richter -

<b>Ansatz Ist 2009:</b>	72.374,2
<b>Ansatz Soll 2010:</b>	67.980,9
<b>Ansatz Soll HHE 2011:</b>	69.770,0
<b>Ansatz Soll HHE 2012:</b>	69.520,0

Frage/Sachverhalt:

Warum ist im Vergleich zu dem Ist-Ansatz für 2009 ein niedrigerer Ansatz für die Folgejahre festgelegt?

Antwort der Landesregierung:

Die Bildung der Personalkostenansätze zum Haushaltsentwurf 2011/2012 erfolgt bedarfsgerecht – unter Berücksichtigung der Veranschlagung gemäß Stellenplan – auf Grundlage des verfügbaren Personalkostenbudgets (alle Ausgaben der OGr. 42) bisher noch ohne Auswirkungen der Tarif- und Besoldungssteigerungen.

Die erheblichen Abweichungen zum Ist-Ergebnis 2009 sind deshalb insbesondere darin begründet, dass hier die tatsächlichen Auswirkungen der Tarif- und Besoldungssteigerungen 2009 enthalten sind.

Im HHE 2011/2012 werden diese Auswirkungen (sowie auch die Auswirkungen durch die weiteren Tarif- und Besoldungssteigerungen zum 01.03.2010) noch nicht in den Ressorteinzelplänen veranschlagt, sondern weiterhin zentral im Einzelplan 11 (Anpassung zur Nachschiebeliste geplant.)

## Fragen der

X	CDU
	SPD
	FDP
	Bündnis 90/DIE GRÜNEN
	DIE LINKE
	SSW

## Landtagsfraktion

Schleswig-Holstein

## zum Haushaltsentwurf 2011/2012

<b>Einzelplan:</b>	09
<b>Seite:</b>	19
<b>Kapitel:</b>	09 02
<b>Titel:</b>	428 01
<b>Zweckbestimmung:</b>	Entgelte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer

<b>Ansatz Ist 2009:</b>	36.115,3
<b>Ansatz Soll 2010:</b>	35.833,7
<b>Ansatz Soll HHE 2011:</b>	35.650,0
<b>Ansatz Soll HHE 2012:</b>	35.000,0

Frage/Sachverhalt:

Warum ist im Vergleich mit dem Ist-Ansatz für 2009 ein niedrigerer Ansatz für die Folgejahre festgelegt?

Antwort der Landesregierung:

Siehe Antwort zu Titel 09 02 – 422 01

## Fragen der

X	CDU
	SPD
	FDP
	Bündnis 90/DIE GRÜNEN
	DIE LINKE
	SSW

## Landtagsfraktion

Schleswig-Holstein

## zum Haushaltsentwurf 2011/2012

<b>Einzelplan:</b>	09
<b>Seite:</b>	19
<b>Kapitel:</b>	02
<b>Titel:</b>	428 04
<b>Zweckbestimmung:</b>	Ausbildungsentgelte der Rechtsreferendarinnen und Rechtsreferendare

<b>Ansatz Ist 2009:</b>	11.828,1
<b>Ansatz Soll 2010:</b>	12.415,0
<b>Ansatz Soll HHE 2011:</b>	12.000,0
<b>Ansatz Soll HHE 2012:</b>	11.600,0

## Frage/Sachverhalt:

Wie viele Referendarstellen werden in Schleswig-Holstein pro Absolventen eines juristischen Studiengangs bereitgehalten? Sind der Landesregierung hierzu Zahlen aus anderen Bundesländern bekannt? Welche Rückschlüsse ergeben sich aus Sicht der Landesregierung hieraus hinsichtlich der Besetzung von Referendarstellen in Schleswig-Holstein?

## Antwort der Landesregierung:

Das Verhältnis der Referendarstellen zur Anzahl der Examinierten (1. Staatsexamen) ist von Jahr zu Jahr unterschiedlich. Die jüngsten hierzu vorliegenden Zahlen - auch für die anderen Bundesländer - sind diejenigen für das Jahr 2007 (s. Anlage). In 2007 betrug die Zahl der eingestellten Referendare je Studienabgänger in Schleswig-Holstein 1,55 (260 Examierte, 402 eingestellte Referendare). Damit liegt Schleswig-Holstein erheblich über dem Durchschnitt der Bundesländer.

Eine Anpassung an den Bedarf und Annäherung an den Bundesdurchschnitt ist geplant. Hierzu werden zunächst 23 Referendarstellen im Doppelhaushalt 2011/2012 abgebaut.

## Fragen der

X	CDU
	SPD
	FDP
	Bündnis 90/DIE GRÜNEN
	DIE LINKE
	SSW

## Landtagsfraktion

Schleswig-Holstein

## zum Haushaltsentwurf 2011/2012

<b>Einzelplan:</b>	09
<b>Seite:</b>	20
<b>Kapitel:</b>	09 02
<b>Titel:</b>	514 01
<b>Zweckbestimmung:</b>	Verbrauchsmittel, Haltung von Dienstfahrzeugen und dgl.

<b>Ansatz Ist 2009:</b>	95,8
<b>Ansatz Soll 2010:</b>	95,0
<b>Ansatz Soll HHE 2011:</b>	95,0
<b>Ansatz Soll HHE 2012:</b>	95,0

## Frage/Sachverhalt:

Für welche Zwecke werden in der ordentlichen Gerichtsbarkeit – abgesehen von dem Präsidenten des Schleswig-Holsteinischen Oberlandesgerichtes – 14 Dienstwagen benötigt?

## Antwort der Landesregierung:

Ein Kleintransporter steht ausschließlich für die eingerichtete Mobile Einsatzgruppe der Justizwachtmeister zu Verfügung. Alle übrigen 13 Fahrzeuge stehen den Gerichten der Ordentlichen Gerichtsbarkeit für Dienstreisen in Verwaltungstätigkeiten sowie für Dienstreisen in gerichtlichen Angelegenheiten (z.B. im Rahmen von Gerichtsverfahren angesetzten auswärtigen Ortsterminen, Termine in Betreuungsangelegenheiten) zur Verfügung. Die 5 PKW mit Fahrer/in stehen in Bedarfsfalle der Präsidentin des Oberlandesgerichtes sowie den Präsidentin/ Präsidenten der 4 Landgerichte zur Verfügung.

## Fragen der

X	CDU
	SPD
	FDP
	Bündnis 90/DIE GRÜNEN
	DIE LINKE
	SSW

## Landtagsfraktion

Schleswig-Holstein

## zum Haushaltsentwurf 2011/2012

<b>Einzelplan:</b>	09
<b>Seite:</b>	24
<b>Kapitel:</b>	09 02
<b>Titel:</b>	526 17
<b>Zweckbestimmung:</b>	Gebühren und Auslagen im Insolvenzverfahren

<b>Ansatz Ist 2009:</b>	7.027,5
<b>Ansatz Soll 2010:</b>	6.200,0
<b>Ansatz Soll HHE 2011:</b>	7.500,0
<b>Ansatz Soll HHE 2012:</b>	7.500,0

Frage/Sachverhalt:

Sind diese Ausgaben durch Einnahmen an anderer Stelle vollständig gedeckt?  
Bleibt das Land hinsichtlich der Verfahrenskosten für die Durchführung von Insolvenzverfahren auf Kosten „sitzen“? Ggf. in welchem Umfang?

Antwort der Landesregierung:

Zurzeit bleibt das Land Schleswig-Holstein hinsichtlich der Verfahrenskosten für die Durchführung von Insolvenzverfahren auf Kosten „sitzen“. Nach geltendem Recht kann jede überschuldete natürliche Person einen Antrag auf Eröffnung eines Insolvenzverfahrens über ihr Vermögen stellen. Kann diese Person die Kosten für das Verfahren nicht aufbringen, können sie ihr gestundet werden, d.h. sie fallen zunächst und, wenn sie auf Dauer nicht beigetrieben werden können, auch endgültig der Landeskasse zur Last. Am Ende des Verfahrens steht die Restschuldbefreiung, d. h. der Schuldner wird von alle Verbindlichkeiten befreit, die er bei Eröffnung des Verfahrens hatte. Durch die Stundung der Verfahrenskosten wird die Landeskasse mit ca. 2 Mio. Euro pro Jahr belastet.

In der vergangenen Legislaturperiode hatte die Bundesregierung den Entwurf eines „Gesetzes für ein Verfahren zur Entschuldung mittelloser Personen“ eingebracht, der in dem vorgenannten Bereich zu Entlastungen bei den Justizhaushalten führen sollte, allerdings im September 2009 der Diskontinuität anheim fiel. Die aktuelle Bundesregierung plant eine umfassende Reform des Insolvenzrechts „in drei Stufen“, u.a. auch – in der zweiten Stufe – des Verbraucherinsolvenzrechts. Falls sich zeitnah herausstellen sollte, dass im Rahmen dieser Reformbemühungen insbesondere die Haushaltsinteressen der Länder nicht hinreichend berücksichtigt werden, gibt es in den Ländern Bestrebungen, über den Bundesrat eine eigene Initiative zu entfalten.

## Fragen der

X	CDU
	SPD
	FDP
	Bündnis 90/DIE GRÜNEN
	DIE LINKE
	SSW

## Landtagsfraktion

Schleswig-Holstein

## zum Haushaltsentwurf 2011/2012

<b>Einzelplan:</b>	09
<b>Seite:</b>	24
<b>Kapitel:</b>	09 02
<b>Titel:</b>	527 01
<b>Zweckbestimmung:</b>	Dienstreisen

<b>Ansatz Ist 2009:</b>	239,0
<b>Ansatz Soll 2010:</b>	228,0
<b>Ansatz Soll HHE 2011:</b>	240,0
<b>Ansatz Soll HHE 2012:</b>	240,0

Frage/Sachverhalt:

Was ist unter Reisen von Mitarbeitern im gehobenen Sozialdienst (Ziff. 8) zu verstehen?  
Warum sind diese nötig?

Antwort der Landesregierung:

Bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern im gehobenen Sozialdienst handelt es sich um die Bewährungshelferinnen und Bewährungshelfer (s. auch Stellenplan Seite 141 zu Tit. 0902 – 422 01).

Im Zusammenhang mit Ihrer Tätigkeit fallen Dienstreisen zu richterlichen Anhörungen, für Teilnahmen an Gerichtsverhandlungen, zu Hausbesuchen bei den Probanden sowie zu Gesprächen mit Therapie- und Beratungseinrichtungen an.

## Fragen der

X	CDU
	SPD
	FDP
	Bündnis 90/DIE GRÜNEN
	DIE LINKE
	SSW

## Landtagsfraktion

Schleswig-Holstein

## zum Haushaltsentwurf 2011/2012

<b>Einzelplan:</b>	09
<b>Seite:</b>	30
<b>Kapitel:</b>	09 02
<b>Titel:</b>	684 09
<b>Zweckbestimmung:</b>	Förderung von Therapie- und Beratungsangebote für Sexual- und Gewaltstraftäter

<b>Ansatz Ist 2009:</b>	368,2
<b>Ansatz Soll 2010:</b>	360,0
<b>Ansatz Soll HHE 2011:</b>	440,0
<b>Ansatz Soll HHE 2012:</b>	440,0

Frage/Sachverhalt:

Wird dieser Titel durch die Problematik der nachträglich aus der Sicherungsverwahrung entlassenen Personen beeinträchtigt?

Antwort der Landesregierung:

Der Titel wird durch die bisher aus der nachträglichen Sicherungsverwahrung entlassenen Personen nicht beeinträchtigt. Die Kosten für die Unterbringung im AMEOS-Klinikum werden aus dem Sozialhaushalt getragen. Sollte eine sexualtherapeutische Behandlung erforderlich sein, die vom Klinikum nicht angeboten werden kann, so besteht die Möglichkeit, diese Behandlung durch die aus diesem Titel geförderten Projektträger oder als Einzelmaßnahme aus dem Titel 0902 – 533 01, der die gleiche Zweckbestimmung hat, sicherzustellen.

## Fragen der

X	CDU
	SPD
	FDP
	Bündnis 90/DIE GRÜNEN
	DIE LINKE
	SSW

## Landtagsfraktion

Schleswig-Holstein

## zum Haushaltsentwurf 2011/2012

<b>Einzelplan:</b>	09
<b>Seite:</b>	39
<b>Kapitel:</b>	09 03
<b>Titel:</b>	533 01
<b>Zweckbestimmung:</b>	Kosten für private Sicherheitskräfte zur Baustellensicherung

<b>Ansatz Ist 2009:</b>	202,0
<b>Ansatz Soll 2010:</b>	140,0
<b>Ansatz Soll HHE 2011:</b>	140,0
<b>Ansatz Soll HHE 2012:</b>	140,0

Frage/Sachverhalt:

Inwieweit sind private Sicherheitskräfte in Justizvollzugsanstalten eingesetzt (innerhalb des Gebäudes, auf dem Gelände, mit Kontakt zu Gefangenen)?

Antwort der Landesregierung:

In Zusammenarbeit mit den Bediensteten des allgemeinen Vollzugsdienstes werden Mitarbeiter des privaten Sicherheitsdienstes im Bereich der Baustellensicherung eingesetzt, zu denen Gefangene keinen Zutritt haben.

Zu den Aufgaben gehört insbesondere die Abwicklung des Baustellenverkehrs, d. h. die Annahme, Kontrolle und Begleitung der Bauarbeiter und der Baufahrzeuge auf die Baustelle. Daneben sind Sicherheitsanlagen zu bedienen, die Baustelle zu überwachen und zur Einhaltung der Sicherheits- und Ordnungsvorschriften auf der Baustelle beizutragen.

## Fragen der

X	CDU
	SPD
	FDP
	Bündnis 90/DIE GRÜNEN
	DIE LINKE
	SSW

## Landtagsfraktion

Schleswig-Holstein

## zum Haushaltsentwurf 2011/2012

<b>Einzelplan:</b>	09
<b>Seite:</b>	39
<b>Kapitel:</b>	09 03
<b>Titel:</b>	533 04
<b>Zweckbestimmung:</b>	Ausgaben aufgrund von Werkverträgen und anderen Vertragsformen für die Abschiebungshafteinrichtung Rendsburg

<b>Ansatz Ist 2009:</b>	500,2
<b>Ansatz Soll 2010:</b>	550,0
<b>Ansatz Soll HHE 2011:</b>	533,0
<b>Ansatz Soll HHE 2012:</b>	533,0

## Frage/Sachverhalt:

Warum werden in der Abschiebehafteinrichtung Kosten für private Sicherheitskräfte anfallen?  
Wo werden die Sicherheitskräfte eingesetzt (auf dem Gelände, in dem Gebäude, mit Kontakt zu Häftlingen)?

## Antwort der Landesregierung:

In der Abschiebungshafteinrichtung werden seit Inbetriebnahme aus Gründen der Kostenersparnis private Sicherheitskräfte zur Unterstützung des Allgemeinen Vollzugsdienstes eingesetzt. Die positiven Erfahrungen anderer Bundesländer in diesem Bereich bestätigen sich hier. Seit 2003 werden durchschnittlich ca. 30.000 Arbeitsstunden pro Jahr in dieser Form geleistet.

Die privaten Sicherheitskräfte werden mit nicht hoheitlichen Aufgaben betraut.

Ihre Aufgaben umfassen die Bereiche Bewachung, Kontrolle, Versorgung und Betreuung der Abschiebungshaftgefangenen. Die Aufgabenwahrnehmung erfolgt immer in Zusammenarbeit mit den Beamten des Allgemeinen Vollzugsdienstes.

Im Tagesdienst handelt es sich dabei insbesondere um:

- Überwachungsaufgaben bezüglich der Sicherheit und Ordnung
- Sicherungs- und Kontrollaufgaben bei Haftraumkontrollen
- Überwachung von Besuchen, Freizeitaktivitäten der Inhaftierten sowie Abläufe des täglichen Alltags
- Zuführung und Abholung der Inhaftierten innerhalb des Hauses
- Mitarbeit bei der Überwachung der Essenausgabe
- Begleitung bei Transporten sowie Vor- und Ausführungen
- Transport- und Versorgungsfahrten

Im Nachtdienst obliegt den Sicherheitskräften die Mitarbeit bei der Überwachung des Innen- und Außenbereiches hinsichtlich der Sicherheit und Ordnung, speziell zur Verhinderung von Entweichungen, Ausbruchsversuchen und besonderen Vorkommnissen.

## Fragen der

X	CDU
	SPD
	FDP
	Bündnis 90/DIE GRÜNEN
	DIE LINKE
	SSW

## Landtagsfraktion

Schleswig-Holstein

## zum Haushaltsentwurf 2011/2012

<b>Einzelplan:</b>	09
<b>Seite:</b>	43
<b>Kapitel:</b>	09 03
<b>Titel:</b>	684 01
<b>Zweckbestimmung:</b>	Zuschüsse an Bildungsträger zur Förderung der beruflichen Orientierung und Qualifizierung von Strafgefangenen zur Integration in den Arbeitsmarkt

<b>Ansatz Ist 2009:</b>	1.172,5
<b>Ansatz Soll 2010:</b>	1.350,0
<b>Ansatz Soll HHE 2011:</b>	1.173,9
<b>Ansatz Soll HHE 2012:</b>	1.173,9

Frage/Sachverhalt:

Welche Bildungsträger erhalten wie hohe Zuschüsse für welche Maßnahmen?

Antwort der Landesregierung:

Für die Jahre 2009 und 2010 wurden jeweils 4 Zuwendungsbescheide zur Förderung der beruflichen Orientierung und Qualifizierung von Strafgefangenen an insgesamt drei verschiedene Bildungsträger erteilt.

Die Förderung erfolgt als Fehlbedarfsfinanzierung mit Höchstbetragsbegrenzung.

Bewilligter Höchstbetrag	<u>2009</u>	<u>2010</u>
Kiel:		
Berufsbildungswerk des DGB (bfw):	311,8 T€	302,6 T€
Lübeck:		
Ruhrkohle AG Bildung (RAG Bildung)	282,3 T€	259,4T€
Grono Bildungszentren Schleswig-Holstein (Grono)	44,6 T€	93,3 T€
Neumünster:		
Berufsbildungswerk des DGB (bfw):	<u>670,4 €</u>	<u>690,6 T€</u>
	1.309,1 T€	1.345,9 T€

Die Förderdauer am Standort Lübeck betrug in 2009 11 Monate (RAG) bzw. 6 Monate (Grone), da ein nahtloser Übergang beim Trägerwechsel nicht realisierbar war. In 2008 erfolgte die Maßnahmedurchführung durch das bfw. Für 2009 stellte das bfw keinen Folgeantrag auf Förderung für den Standort Lübeck.

Der tatsächliche Mittelbedarf 2009 lag unterhalb des bewilligten Höchstbetrages. Die Bewilligung basieren aufgrund voraussichtlicher Projektkosten, die als Höchstbetrag der Förderung festgeschrieben werden. Die Träger sind verpflichtet, die Mittel sparsam zu bewirtschaften.

## Fragen der

X	CDU
	SPD
	FDP
	Bündnis 90/DIE GRÜNEN
	DIE LINKE
	SSW

## Landtagsfraktion

Schleswig-Holstein

## zum Haushaltsentwurf 2011/2012

<b>Einzelplan:</b>	09
<b>Seite:</b>	43
<b>Kapitel:</b>	09 03
<b>Titel:</b>	684 03
<b>Zweckbestimmung:</b>	Zuschüsse an Bildungsträger zur Förderung der beruflichen Orientierung und Qualifizierung von jugendlichen Strafgefangenen zur Integration in den Arbeitsmarkt

<b>Ansatz Ist 2009:</b>	306,8
<b>Ansatz Soll 2010:</b>	306,8
<b>Ansatz Soll HHE 2011:</b>	306,8
<b>Ansatz Soll HHE 2012:</b>	306,8

Frage/Sachverhalt:

Welche Bildungsträger erhalten wie hohe Zuschüsse für welche Maßnahmen?

Antwort der Landesregierung:

Das Berufsbildungswerk des DGB (bfw) ist alleiniger Zuwendungsempfänger. Der Zuschuss wird für sämtliche Maßnahmen zur Förderung der beruflichen Orientierung von jugendlichen Strafgefangenen zur Integration in den Arbeitsmarkt gezahlt (s. a. Erläuterungen im Haushaltsentwurf 2011/ 2012, S. 43).

Die Förderung erfolgt mit Höchstbetragsbegrenzung.

	<u>2008</u>	<u>2009</u>	<u>2010</u>
Gesamtzuwendung	712,7 T€	706,7 T€	878,6 T€
davon			
Landesmittel (0903 684 03)	<b>306,8 T€</b>	<b>306,8 T€</b>	<b>306,8 T€</b>
ESF-Mittel*	405,9 T€	399,9 T€	571,8 T€

\* Mittel des Europäischen Sozialfonds (ESF) über das Zukunftsprogramm Arbeit für Schleswig-Holstein

Insgesamt stehen 3.000,0 T€ ESF-Mittel für die Jahre 2008 – 2013 für Durchführung zur Verfügung, die mit 1.840,8 T€ Landesmitteln kofinanziert werden müssen (p.a. 306,8 T€).

Der Förderbedarf erhöht sich ab 2010, da die parallele Förderung von berufsvorbereitenden Maßnahmen durch die Agentur für Arbeit, die in den Jahren 2008 und 2009 der Bildungsträger Rackow Schule in der Jugendanstalt Schleswig durchführte, weggefallen ist.

## Fragen der

X	CDU
	SPD
	FDP
	Bündnis 90/DIE GRÜNEN
	DIE LINKE
	SSW

## Landtagsfraktion

Schleswig-Holstein

## zum Haushaltsentwurf 2011/2012

<b>Einzelplan:</b>	09
<b>Seite:</b>	45
<b>Kapitel:</b>	09 03
<b>Titel:</b>	537 61
<b>Zweckbestimmung:</b>	Ausgaben für Therapiemaßnahmen und für externe Fachkräfte im Bereich der Schuldnerberatung

<b>Ansatz Ist 2009:</b>	786,7
<b>Ansatz Soll 2010:</b>	925,0
<b>Ansatz Soll HHE 2011:</b>	775,0
<b>Ansatz Soll HHE 2012:</b>	775,0

Frage/Sachverhalt:

Inwieweit sind die Therapiemaßnahmen für Sexual- und Gewalttäter (Ziff. 1) durch die aktuelle Diskussion um nachträglich aus der Sicherungsverwahrung entlassene Straftäter betroffen?

Antwort der Landesregierung:

Aus diesem Titel werden und wurden Therapien für Insassen der Justizvollzugsanstalten finanziert, sowohl für Strafgefangene als auch für Sicherungsverwahrte.  
Die Diskussion um die Situation dieser Personen nach der Entlassung hat daher auf diesen Titel keine Relevanz.

Anlage zur Beantwortung der Frage der CDU-Fraktion zu Tit. 0902 - 428 04

	19	20	21	22	23	24
Land	<b>2007</b>					
	Einwohner am Jahresende in 1.000	Erste jur. Staatsprüfung haben bestanden	Anzahl der Examinierten (1. Ex.) je 1.000 Einw.	Zahl der eingestellten Referendare	Anzahl der eingestellten Referendare je Examierte	Zahl der Referendare im Vorb.-Dienst
Baden-Württemberg	10.750	1.509	0,140	867	0,57	1.797
Bayern	12.520	1.793	0,143	1.444	0,81	2.676
Berlin	3.416	749	0,219	803	1,07	1.512
Brandenburg	2.536	293	0,116	242	0,83	474
Bremen	663	170	0,256	75	0,44	163
Hamburg	1.771	666	0,376	315	0,47	730
Hessen	6.073	933	0,154	1.119	1,20	2.146
Mecklenburg-Vorpom.	1.680	147	0,088	95	0,65	204
Niedersachsen	7.972	816	0,102	592	0,73	1.286
Nordrhein-Westfalen	17.997	2.210	0,123	2.441	1,10	5.245
Rheinland-Pfalz	4.046	508	0,126	476	0,94	1.036
Saarland	1.037	96	0,093	79	0,82	215
Sachsen	4.220	329	0,078	270	0,82	619
Sachsen-Anhalt	2.412	64	0,027	60	0,94	163
Schleswig-Holstein	2.837	260	0,092	402	1,55	932
Thüringen	2.289	153	0,067	123	0,80	266
<b>Bund insgesamt:</b>	<b>82.219</b>	<b>10.696</b>	<b>0,130</b>	<b>9.403</b>	<b>0,88</b>	<b>19.464</b>